



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/291 - 17. 12. 1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Zur aussenpolitischen Situation	S. 1
Die USA am Jahreswechsel	S. 3
Ludwig Metzger, Kultusminister a.D.: Weihnachten 1955	S. 6

Bemühung um die gemeinsame Plattform?

1. Nach der letzten aussenpolitischen Debatte des Bundestages hat man vielfach mit Erleichterung festgestellt, Regierung und Opposition seien sich nunmehr über die Deutschlandpolitik einig. In einigen wichtigen Fragen ist das in der Tat der Fall. Beide haben gemeinsam festgestellt, dass eine Bolschewisierung Gesamtdeutschlands oder die Übernahme der Herrschaftsstruktur der Sowjetzone nicht in Frage komme. Beide sind einer Meinung darüber, dass eine Lösung der Deutschlandfrage nur in Übereinstimmung mit allen vier Mächten erfolgen kann und dass jede zweiseitige Vereinbarung abgelehnt werden muss. Soweit, so gut.

Aber die Bundesregierung folgert aus alledem nichts anderes, als dass man auf die beschleunigte Verwirklichung der Pariser Verträge drängen müsse. Das ist offenbar ihr einziges grosses Anliegen. Eine Initiative in der Wiedervereinigungsfrage will sie deshalb nicht ergreifen, weil sie, nicht nur kurzfristig gesehen, angeblich keinen Erfolg haben könne. Das aber ist eine Behauptung, die durch den Ausgang der Genfer Konferenz nicht hinreichend unterbaut werden kann. Auch in der CDU besteht allmählich Klarheit darüber, dass der militärische Wert deutscher Divisionen im Zeitalter der Atomwaffen sehr fragwürdig ist. Trotzdem geht die Regierung soweit, selbst den Bundesgrenzschutz möglichst geschlossen in die militärischen Streitkräfte zu überführen. Was bedeutet das? Der Abgeordnete Erlar hat

es vor einigen Tagen sehr klar gesagt: Wenn es etwa an der Zonen-
grenze wirklich einmal zu Zwischenfällen kommt, dann hat die Bundes-
regierung keine ihr allein unterstehenden Schutztruppen zur Ver-
fügung, wie sie der Bundesgrenzschutz jetzt noch darstellt. Statt-
dessen würden militärische Streitkräfte herangezogen werden müssen,
die aber dem Oberbefehl der NATO, nicht der Anweisungsbefugnis deut-
scher Stellen unterstehen. Damit würde jeder kleine Konflikt sofort
zu einer internationalen Angelegenheit mit kaum überschaubaren Folgen.
Die damit verbundenen Gefahren liegen auf der Hand.

Man könnte das alles noch übersehen, wenn die Bundesregierung
sich daneben Gedanken darüber gemacht hätte, wie sie gleichzeitig
die Frage der Wiedervereinigung vorantreiben will. Aber hier liegt
der entscheidende Punkt: Die Regierung ist nach wie vor nicht
bereit, zuzugeben, dass die Wiedervereinigung nur möglich sein kann,
wenn vorher zwischen allen Beteiligten Klarheit über den militä-
rischen Status Gesamtdeutschlands erzielt worden ist. Dies ist in
jedem Fall unerlässlich, abgesehen davon, dass nach der Ratifizie-
rung der Pariser Verträge Moskau seinen Preis erhöht hat. Eine ein-
seitig orientierte Politik der Stärke wird erfolglos bleiben, auch
wenn der Bundeskanzler diese seine bisherige Politik nunmehr die
"Politik der Festigkeit" nennt und betont, dass er dabei erst in
letzter Linie an militärische Dinge denke.

Es mag hinzukommen, dass der Kanzler die deutsche Frage bis
nach den Bundestagswahlen 1957 auf Eis legen will, weil er hofft,
danach wiederum eine stabile Mehrheit im Bundestag für seine Poli-
tik zu haben. Bei dem mangelnden faktischen Interesse der Gross-
mächte an der Wiedervereinigung besteht die Gefahr, dass diese Ver-
zögerung von Verhandlungen über die Deutschlandfrage Tatsache wer-
den könnte. Gerade für die Anhänger einer erfolgreichen gemein-
samen deutschen Aussenpolitik ergibt sich daraus die Folgerung, mit
allen Kräften die politische Meinungsbildung in Deutschland bis zu
den nächsten Bundestagswahlen so zu gestalten, dass im kommenden
Bundestag eine Mehrheit für eine wirklich effektive Wiedervereini-
gungspolitik zustandekommt. Es geht dabei nicht nur um den Anspruch
der deutschen Nation, in Freiheit und vereint leben zu können, es
geht um die im Augenblick vielleicht noch wesentlichere Frage, wie
der Prozess der Bolschewisierung Mitteldeutschlands beendet werden
kann, ehe es zu spät ist. Jedes Jahr, in dem die Erziehung der mit-
teldeutschen Jugend zum Bolschewismus ungestört weitergehen kann,
wirkt sich praktisch zu Gunsten der Sowjetunion auch im politischen
Sinne aus.

Wenn es eine gemeinsame Zielsetzung deutscher Aussenpolitik gibt,
dann ist es die, die Sowjetisierung Mitteldeutschlands zu verhindern.
Das sollten sich die westlichen Verbündeten Deutschlands und die
deutsche Regierung klarmachen. Das aber lässt sich wiederum nur durch
eine, unermüdetlich auf Wiedervereinigung gerichtete Politik errei-
chen. Auch wenn im Augenblick die Aussichten schlechter geworden
sind, so darf man doch in den Anstrengungen keine Pause eintreten
lassen. Und man sollte in der Tat versuchen, dafür eine gemein-
same Plattform zu finden.

Was erwartet Amerikas "kleiner Mann" vom Jahre 1956?

H.S., New York, im Dezember

(Wir haben unsere ständigen Mitarbeiter im Ausland gebeten, sich zum Jahresschluss zu der Frage zu äussern, welche Ereignisse im abgelaufenem Jahr den Durchschnittsbürger des betreffenden Landes am tiefsten bewegt haben oder auch, worauf seine Hoffnungen für das nächste Jahr am stärksten gerichtet sind. Dies ist der erste Artikel dieser Reihe. Die Red.)

Der berühmte und ein wenig sagenhafte "Mann auf der Strasse", der Durchschnitts- und Standardbürger, der in den Vereinigten Staaten vermutlich im Grunde nicht viel anders aussieht und nicht viel anders denkt als sein Gegenstück in irgend einem anderen Lande, erhofft sich vom neuen Jahre, an dessen Schwelle wir uns nun befinden, ziemlich genau das gleiche, was sich die "kleinen Leute" aller Länder wünschen: eine gesunde und zufriedene Familie, ein sicheres leidliches Einkommen, Abwesenheit von Kriegen und Krisen, von Katastrophen und Aufregungen; erfüllt das neue Jahr alle diese Hoffnungen, dann wird er an seinem Ende dankbar und zufrieden und mit seinem Schicksal ausgesöhnt sein. Aber die im Grunde beglückende Feststellung, dass sich die "kleinen Leute" aller Länder mit ihren Wünschen, Hoffnungen und Ansprüchen weitgehend ähnlich sehen, erschöpft ja doch noch nicht das Thema: selbstverständlich gibt es Nuancierungen, selbstverständlich gibt es Probleme, die auf Grund örtlicher Voraussetzungen von Land zu Land wechseln, - und solche nationalen Besonderheiten können das Gesamtbild doch stark beeinflussen.

Graduelle Unterschiede

Der Mann auf der Strasse in den USA - den amerikanische Karikaturenzeichner gewöhnlich als "Mr. John Citizen", John Staatsbürger, vorstellen und als etwas verknittertes Männlein mit Encenez und Regenschirm zeichnen - lebt, wie bekannt, auf einem etwas höheren Sozialniveau als sein Gegenstück in der grossen Mehrzahl aller anderen Länder. Die Idealvorstellung König Heinrich IV., jeden Sonntag ein Huhn im Kochtopf zu haben, ist für ihn längst erreichte oder gar übertroffene Wirklichkeit, denn oft genug kann er sich den Hühnerbraten auch wochentags leisten, - und an die Stelle des kleinen Volkswagen, Austin oder Renault, seines Gegenstücks in Europa, tritt bei ihm der alle 2-3 Jahre erneuerte mächtige Ford oder Chevrolet. Aber das sind faktisch doch nur graduelle Unterschiede: denn an Frieden und Wohlstand, Vollbeschäftigung und gesichertem Alter ist er genau so interessiert wie sein nicht ganz so wohlhabendes Spiegelbild in Europa.

In dem jetzt abgelaufenen Jahre 1955 drängten sich vor allem drei Dinge unserem Mr. John Citizen auf: erstens die unerhörten Rekordleistungen der amerikanischen Wirtschaft, deren "Boom" in diesem Jahre neue Gipfelhöhen erklimmte; zweitens die beiden diplomatischen Konferenzen in Genf, deren erste den "Genfer Geist" und das Ende des "Kalten Krieges" produzierte und deren zweite diesem jungen Genfer Geist bereits wieder ein schnelles Ende bereitete, - und drittens die Herzattacke, deren Opfer Präsident Eisenhower im September wurde

17.12.1955

und die weitreichende politische Folgen hatte, da sie zum mindesten zeitweise die amerikanische Regierung lahmlegte und das innenpolitische Bild völlig verschob. Diese drei Hauptfakten des Jahres 1955 werden in irgendeiner Weise auch den Ablauf des Jahres 1956 bestimmen, und John Citizen wird sich ihnen nicht entziehen können.

Gefahren einer Überkonjunktur

Die prächtige Superkonjunktur der amerikanischen Wirtschaft mit ihren einmalig hohen Produktions-, Einkommens- und Lohnziffern, befindet sich zur Zeit noch in vollem Schwung, - und wenn man von dem besorgniserregenden Problem der ständig abbröckelnden Agrarpreise absieht, findet man weit und breit kein Schwächezeichen in der ökonomischen Gesamtsituation. Im Gegenteil: die Regierung hat angefangen, durch Erhöhung der Diskontsätze und Erschwerung der Ratenkäufe die Überkonjunktur zu bremsen, weil man inflationäre Auswirkungen und Überaufblähung der Kredite befürchtete; es wäre vom nationalpolitischen Standpunkt aus gewissermassen begrüßenswert, wenn in kommenden Jahre das Geschäft etwas weniger gut gehen und der "Boom" ein wenig nachlassen würde. Es gibt Sachverständige, die für die zweite Hälfte des Jahres 1956 in der Tat eine gewisse Verlangsamung des Wirtschaftsrhythmus prophezeien; aber im ganzen braucht wohl in dieser Hinsicht von kommenden Jahre kein Amerikaner irgend eine besorgniserregende Beeinträchtigung seines Wohlstandes zu erwarten. Selbst wenn etwas weniger Automobile gebaut und etwas weniger neue Einfamilienhäuser errichtet werden, dürfte das Gesamtbild immer noch recht erfreulich und beruhigend bleiben.

Der Schock des russischen Indienbesuches

Ob sich das gleiche auch für die aussenpolitischen Probleme sagen lässt, ist etwas zweifelhafter. Die Enttäuschungen der zweiten Genfer Konferenz hat die breite amerikanische Öffentlichkeit mit Bedauern und Schmerz, aber doch ohne Panik entgegengenommen, zumal, da man schon vorher gewarnt worden war, den russischen Friedensschalmeien nicht allzuviel zu vertrauen und sich keine übertriebenen Illusionen zu machen.

Viel schockhafter aber wirkten die Ereignisse, die seither eingetreten sind: die sowjetrussischen Vorstösse im Orient und in Asien, die grosszügigen Moskauer Angebote, allen asiatischen Regierungen nach Belieben Kredite, Warenlieferungen, Waffen, Techniker und Sachverständige aller Art anzubieten, und die plumpen, aber offenbar recht wirksamen Anbieterversuche Moskaus in Indien, Burma, Afghanistan und anderen asiatischen Ländern haben zweifellos eine für die freie Welt bedrückende neue Lage geschaffen. Diese neue "Rubeldiplomatie" macht den Amerikanern umso grössere Sorge, als die Regierung bisher noch keine Gegen-Initiative ergriffen und auf diese neue Unterminierungstechnik Moskaus noch keine passende Antwort gefunden hat.

Lähmung der amerikanischen Regierungsmaschine

Und das ist der Punkt, an dem das dritte vorher erwähnte Thema seine Bedeutung gewinnt: die Erkrankung Präsident Eisenhowers, die

daraus resultierende Schwächung und Lähmung der amerikanischen Regierungsmaschine, und alle politischen Konsequenzen, die sich daraus ergeben. Man kann annehmen, dass ein gesunder und vollständig aktionsfähiger Präsident auf die neue und neuartige Herausforderung der freien Welt durch die Russen bereits eine Antwort oder Gegenparole gefunden hätte, so wie seinerzeit Präsident Truman in ähnlicher Lage es mit dem Marshall-Plan und dem Atlantikpakt tat; aber solange, um die prekäre Gesundheit des Präsidenten möglichst zu schonen, die Regierung sich mit einer Art Stillhaltepolitik zur Abwicklung der laufenden Geschäfte begnügt, darf man wohl solche Hoffnungen nicht hegen. Allenfalls heisst es, die bevorstehenden Gespräche Eisenhower's mit Eden im Januar könnten vielleicht eine neue Parole für das Problem der deutschen Wiedervereinigung produzieren.

Andererseits hat natürlich Eisenhower's Krankheit die amerikanische Innenpolitik in gänzlich neue Bahnen gelenkt, - und da das neue Jahr ein Wahljahr ist, mit Präsidenten- und Kongresswahlen, bedeutet das eine fast sichere Verschiebung des innenpolitischen Gleichgewichtes. Mit Eisenhower an der Spitze würden die Republikaner vermutlich im November den Wahlkampf gewinnen; ohne den populären Präsidenten an der Spitze ihrer Liste hat die gegnerische Demokratische Partei zum mindesten eine solide Aussicht, wenn auch natürlich noch keine Gewissheit, das 1952 eingebüsst Weisse Haus wieder für sich zurückzuerobern.

1956 - das Jahr der Präsidentenwahl

Unter diesen Umständen führt bereits der Jahresbeginn das gesamte amerikanische Volk in einen von dramatischen Begleiterscheinungen nicht freien Wahlkampf hinein; bei den Demokraten drängen sich die hoffnungsvollen Anwärter auf die Parteikandidatur, wie im Falle von Eisenhower's Ausscheiden ja eine reiche Beute verspricht, - während umgekehrt bei den Republikanern Schweigen im Walde herrscht, weil man ja schliesslich dem Präsidenten den Vortritt lassen muss, seine Entscheidung bekanntzugeben, und bisher noch kein ehrgeiziger republikanischer Politiker gewagt hat, den Beschluss Eisenhower's vorwegzunehmen und seine eigenen Kandidaturansprüche anzumelden.

Das innenpolitische Ergebnis dieser durch den Herzanfall eines einzigen Mannes entstandenen Lage ist, dass im Augenblick wenigstens die Initiative an die demokratische Opposition übergegangen ist, während die republikanische Regierungspartei auf der innenpolitischen Arena in eine passive und fast defensive Rolle gedrängt ist. Natürlich kann sich das im Laufe des Wahlkampfes noch ändern; aber jedenfalls spielt dieser grosse Wahlkampf im Denken und Sinnen des amerikanischen Durchschnittsamerikaners heute schon eine grosse Rolle, und es ist naheliegend, anzunehmen, dass das bis zum November weiterhin der Fall bleiben wird.

Hat uns Weihnachten heute noch etwas zu sagen?

Ludwig Metzger, Kultusminister a.D.

Im ersten Johannesbrief finden wir das Wort, die Liebe Gottes zu uns habe sich darin gezeigt, dass Gott seinen eingeborenen Sohn in die Welt geschickt hat, damit wir durch ihn leben. Von hier empfängt Weihnachten seinen Sinn. Die bürgerliche Welt hat weithin aus Weihnachten eine sentimentale, gefühlsselige Angelegenheit gemacht. Nicht schlimmer kann dieses Fest missverstanden werden. Liebe ist keine Sache rührseliger Gefühle, und Christus ist nicht in die Welt gekommen, damit wir Menschen unserem "frommen" Tun ein bisschen Glorienschein geben. Wie viele haben sich daran gewöhnt, sich selbst im Strahlenglanz der Weihnachten zu bespiegeln und ihr Getue als Liebe zu deklarieren. Welch' ein Irrtum, wenn das dann gar für "christlich" gehalten wird! Nicht alles, was Jahr für Jahr in gewohnter Weise geübt wird und durch die "Tradition" geheiligt ist, muss deshalb auch christlich sein. Nicht wenige spüren es heute, dass aus der Übung ganz einfach "Betrieb" geworden ist - ihres ursprünglichen Sinnes entleert.

Die Liebe ist nicht so sehr subjektives Empfinden; sie ist sogar - wenn man so will - etwas sehr Objektives. Vor allem ist sie nicht etwas, das so leicht aus unserer menschlichen Natur fließt. Sympathie ist nicht gleichbedeutend mit Liebe. Erst da, wo sich der Mensch überwinden muss, wo er allen Widerwärtigkeiten zum Trotz seine Antipathie gegenüber einem Mitmenschen besiegt, zeigt sich, ob seine Liebeskraft echt ist.

Es ist kein Zufall, dass es so viel Versagen in sozialer Einsicht gibt. Man glaubt, dass man genug getan habe, wenn man den Gleichgearteten, den geistig oder physisch Verwandten, den aus der gleichen Schicht Stammenden, kurz: den, der einem sympathisch ist, Zuneigung erweist.

Man denkt aber nicht daran, den Andersgearteten, den durch Not und Elend oder auch durch eigene Schuld Unglücklichen wirklich zu

lieben oder gar eine ganze Gruppe von Menschen, die einem fremd und deshalb vielleicht unbequem ist, auch nur verstehen zu wollen. Wer es aber mit der Liebe ernst meint, kann keine Herrschaftsansprüche erheben. Ihm bleibt nur der Dienst. Gerade davon spricht das Evangelium, das Jesus verkündet hat. Es ist kein Zufall, dass es immer wieder das Wort "Demut" gebraucht, das ja keine müde Unterwürfigkeit bedeutet, sondern aus dem alten "Dienemut" kommt. An vielen anderen Stellen lässt das Neue Testament deutlich werden, dass es die Liebe nicht als eine Sache unverbindlicher, menschlicher Wohlgefalligkeiten sieht. "Wie kann jemand Gott lieben, den er nicht sieht, wenn er nicht einmal seinen Bruder liebt, den er sieht", heisst es in dem schon erwähnten ersten Johannesbrief. Dort wird auch die Erkenntnis ausgesprochen, dass nur der Gott kennen kann, der liebt, weil Gott die Liebe schlechthin ist.

Wer sich bemüht, der christlichen Botschaft zu folgen, muss aus ihr Konsequenzen ziehen für das private, aber auch für das öffentliche Leben. Mir ist zum Beispiel nie klar geworden, wie vom christlichen Standpunkt aus die getrennte Erziehung von Kindern einer Gemeinde gefordert werden kann. Wenn Liebe keine einfache Sache ist, wenn sie geübt und gelernt werden muss, wenn sie oft sogar Selbstüberwindung bedeutet, so kann man doch nichts mehr wünschen, als dass schon unsere Jugend Gelegenheit hat, durch das Zusammensein mit Kindern der verschiedensten gesellschaftlichen, sozialen und religiösen Herkunft Liebe zu üben und zu lernen. Wenn junge Menschen nur mit ihresgleichen - sei es in sozialer, sei es in religiöser Beziehung - aufwachsen, wird ihnen dieses Lernen zu leicht gemacht. Gewiss, die Vertreter der konfessionellen Trennung sagen, man könne Kinder nur wirklich christlich erziehen, wenn sie ohne andere Einflüsse in der ungebrochenen Einheit einer Konfession lebten. Steckt darin aber nicht eine Verkennung des tiefsten Wesensgehaltes des Christentums? "Nun aber bleibt: Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei; die Liebe aber ist die grösste unter ihnen," heisst es im ersten Korintherbrief. Die Schule, die am meisten Gelegenheit gibt, die

schwierige Aufgabe des Lebens zu lernen, erzieht nicht nur zur Toleranz im Sinne einer gegenseitigen Verantwortung ohne ein Verwischen der Verschiedenartigkeiten, sondern wird auch am meisten den Grundanliegen des Christentums gerecht. Die lehrkrässigen Unterschiede der Konfessionen können trotzdem im Religionsunterricht dargelegt werden. Das wird aber dann nicht so leicht zu einer religiösen Überheblichkeit führen, die mit wahren Christentum so wenig vereinbar ist. Denn die Kenntnis des anderen bewahrt viel stärker vor einer solchen Versuchung.

Das, was unseren Kindern auf diese Weise in der Schule mitgegeben wird, vermag dann im Leben unseres Volkes seine Frucht zu tragen. Wenn die Christen nicht von oben herab als die Besserwissenden apodiktische Urteile fällen, sondern demütig und brüderlich neben dem Mitmenschen stehen - einerlei ob er Christ oder Nichtchrist ist - und wenn christliche Institutionen nicht bestrebt sind, Herrschaftsansprüche auszuüben, sondern ihren Dienst so ernst wie möglich zu nehmen, dann wird der "Klerikalismus" keine entscheidende Rolle mehr spielen. Es wäre zum Segen für unser Volk und die Kirchen.

Aber auch wir alle sollten uns darüber klar werden, dass die Versuchung, den anderen beherrschen zu wollen, in jedem Menschen steckt. Der Sozialismus hat seine tiefste Wurzel darin, dass er den Menschen befreien will aus seiner Selbstentfremdung, von der Beherrschung durch Mächte, die ihn nicht Mensch sein lassen. Gerade auch der Sozialismus wird von der Liebe zum Menschen getrieben. So könnte das christliche Weihnachtsfest den Christen und den Nichtchristen in unserem Volke etwas zu sagen haben. Und um der Liebe zum Menschen willen wollen wir das "Friede auf Erden" hören und zu verwirklichen trachten.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau